S 5 KR 1207/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -Deskriptoren -

Leitsätze Viagra bei erektiler Dysfunktion

Normenkette SGB 5 §§ 13 Abs 3, 27

1. Instanz

Aktenzeichen S 5 KR 1207/00 Datum 18.12.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 KR 516/02 Datum 28.02.2003

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 18. Dezember 2001 abgeändert, soweit das Sozialgericht die Beklagte verurteilt hat, dem Kläger mehr als EUR 798,89 abzüglich der gesetzlichen Zuzahlung zu zahlen. Im Ã□brigen wird die Berufung der Beklagten zurückgewiesen. Auf die Berufung des Klägers wird das Urteil weiter abgeändert und die Beklagte verurteilt, an den Kläger weitere EUR 430,08 abzÃ⅓glich der gesetzlichen Zuzahlung zu zahlen. Die Beklagte hat dem Kläger auch die auÃ□ergerichtlichen Kosten des Berufungsverfahrens zu erstatten.

Tatbestand:

Der am 1950 geborene verheiratete Kläger ist bei der Beklagten freiwillig krankenversichert, ohne Kostenerstattung gewählt zu haben. Bei ihm besteht seit 1983 mit langsam progredientem Verlauf eine Multiple Sklerose (M.S.) und als Folge

davon eine erektile Dysfunktion. Beim Kläger ist nach dem früheren Schwerbehindertengesetz (SchwbG) ein Grad der Behinderung (GdB) von 70 anerkannt. Die erektile Dysfunktion hat er erstmals gegenüber der behandelnden ̸rztin für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie Dr. Sc. am 03. November 1993 angegeben. Am 20. Oktober 1998 verordnete ihm Dr. Sc. V., für dessen Erwerb der KlĤger 107,60 DM ausgab. Unter Einreichung des Rezepts mit der Apothekenguittung und einer nervenĤrztlichen Stellungnahme der Dr. Sc. vom 20. Oktober 1998, in der die Ä\(\text{rztin eine Indikation f\text{A}\)\'\/r die Einnahme von V. bejahte, beantragte er bei der Beklagten am 29. Oktober 1998 die Zahlung von 107,60 DM. Er machte geltend, zu den Ausfallerscheinungen, die mit seiner Krankheit einhergingen, zählten auch Probleme im Sexualbereich. Seit vielen Jahren leide er an einer fortschreitenden massiven StĶrung der ErektionsfĤhigkeit. Diese Störung trage zu den vorliegenden Depressionen in hohem MaÃ∏e bei. Seine Hoffnung, wenigstens einen Teil der Beschwerden lindern zu kA¶nnen, setze er auf die Wirkung von V., für das Dr. Sc. die medizinische Indikation bejaht habe. Die Beklagte lehnte mit Bescheid vom 09. November 1998 die Kostenerstattung ab. Mit seinem dagegen eingelegten Widerspruch machte der KlAzger u.a. geltend, die erektile Dysfunktion sei als Krankheit anerkannt; V. kA¶nne diese Krankheit nachgewiesenerma̸en beheben. Der Widerspruch blieb erfolglos (Widerspruchsbescheid des bei der Beklagten gebildeten Widerspruchsausschusses vom 18. Februar 1999). Die dagegen erhobene Klage auf Zahlung von 107,60 DM wies das Sozialgericht (SG) Mannheim mit rechtskrÄxftig gewordenem Urteil vom 08. Oktober 1999 (S 4 KR 712/99) ab. Am 12. Oktober 1999 beantragte der KlĤger bei der Beklagten erneut die Versorgung mit V.; er verwies auf das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 30. September 1999 (= SozR 3-2500 § 27 Nr. 11); darin habe das BSG die Behandlungsbedürftigkeit und -fähigkeit einer erektilen Dysfunktion bejaht. Diesen Antrag lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 07. Februar 2000 ab. Mit dem Widerspruch nahm der KlAzger erneut auf die Rechtsprechung des BSG Bezug. Auch dieser Widerspruch blieb erfolglos (Widerspruchsbescheid vom 11. Mai 2000).

Am 29. Mai 2000 erhob der KlĤger deswegen Klage beim SG. Er verwies erneut darauf, dass er nach der neuesten Rechtsprechung des BSG einen Anspruch darauf habe, dass die bei ihm vorliegende erektile Dysfunktion als Krankheit angesehen und medikamentA¶s mit V. behandelt werde. Seinem Anspruch, dass die Beklagte die seit der ablehnenden Bescheiderteilung aufgewendeten Kosten fÄ¹/₄r V. zu erstatten und ihn künftig mit dem Medikament als Sachleistung zu versorgen habe, kA¶nnten nun nicht mehr die Arzneimittel-Richtlinien entgegengehalten werden. Der KlÄgger legte eine nervenÄgrztliche Bescheinigung der Dr. Sc. vom 09. August 2001 und weitere ärztliche Verordnungen dieser Ã∏rztin über V vor, und zwar vom 18. Dezember 1998 (Apothekenquittung vom 21. Dezember 1998 über 312,50 DM), vom 06. Oktober 1999 (Apothekenquittung vom 13. Oktober 1999 über 312,50 DM), vom 27. MÃxrz 2000 (Apothekenquittung vom 06. April 2000 $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber 312,50 DM), vom 04. Juli 2000 (Apothekenguittung vom 06. Juli 2000 $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber 312,50 DM), vom 27. September 2000 (Apothekenguittung vom 21. Oktober 2000 über 312,50 DM), vom 21. Januar 2001 (Apothekenquittung vom 07. Februar 2001 über 312,50 DM) und vom 10. Juli 2001 (Apothekenquittung vom 11. August 2001 $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber 312,50 DM). Er bezifferte den Erstattungsanspruch auf insgesamt 1.875,- DM (= 6 mal 312,50 DM). Die Beklagte trat der Klage unter Vorlage ihrer Verwaltungsakten entgegen. Das SG erhob eine schriftliche Auskunft als sachverstĤndige Zeugin der Dr. Sc. vom 20. November 2001, die einen Arztbrief des Dr. von G. vom 21. Dezember 1999 mit vorlegte. Mit Urteil vom 18. Dezember 2001 verurteilte das SG die Beklagte antragsgemĤÃ□ unter Aufhebung des Bescheids vom 07. Februar 2000 und des Widerspruchsbescheids vom 11. Mai 2000, die seit 13. Oktober 1999 entstandenen Aufwendungen für das Medikament V. in Höhe von 1.875,- DM zu übernehmen und den Kläger künftig mit kassenärztlichen Arzneimitteln zur Behandlung der erektilen Dysfunktion im Umfang von bis zu vier Tabletten monatlich zu versorgen. Auf die Entscheidungsgründe des der Beklagten gegen Empfangsbekenntnis am 21. Januar 2002 zugestellten Urteils wird Bezug genommen.

Gegen dieses Urteil hat die Beklagte am 14. Februar 2002 schriftlich Berufung beim Landessozialgericht (LSG) eingelegt. Sie macht geltend, zwar bestreite sie nicht, dass die erektile FunktionsstĶrung als behandlungsbedürftige Krankheit einzustufen sei. Nach ihrer Ansicht entspreche jedoch hier die Behandlung mit V. nicht den Erfordernissen des Wirtschaftlichkeitsgebotes des § 12 des Fünften Buches des Sozialgesetzbuchs (SGB V). Den Feststellungen des SG sei nicht zu entnehmen, dass Behandlungsalternativen für die beim Kläger bestehende Krankheit, wie beispielsweise ein Erektionsring oder ein Vakuum-Pumpensystem, ungeeignet oder aus sonstigen Gründen abzulehnen seien. Es liege kein urologischer Befundbericht vor. Im à brigen stelle sich im Rahmen der Wirtschaftlichkeit beim KlĤger auch das Problem der VerordnungshĤufigkeit. Sie sei auch nicht der Ansicht, dass eine medikamentĶse Behandlung mit V. stets als weniger belastend anzusehen sei. Sie verweise auf den vorgelegten Bericht im Arznei-Telegramm vom Oktober 2001, in welchem die Bedenklichkeit des Wirkstoffs Sildenapthil angesprochen werde. Sie nehme ferner auf das ebenfalls vorgelegte Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) Niedersachsen vom 14. September 2001 Bezug, in welchem neben Ausfļhrungen zum Wirtschaftlichkeitsaspekt auch die vielen Nebenwirkungen der medikamentA¶sen Therapie im Vergleich zur Verwendung eines Vakuum-Erektionssystems erlĤutert würden. Rein psychologisch bedingte Abwehrreaktionen gegen wirtschaftlichere Behandlungsalternativen stellten keine ausreichende Begründung für die zwingende Notwendigkeit der kostenintensiveren arzneitherapeutischen Behandlung des KlĤgers mittels V. bzw. U. dar. Die notwendige Verordnungsfrequenz sei nicht geklÄxrt.

Die Beklagte beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 18. Dezember 2001 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Der Kläger beantragt sinngemäÃ□,

die Berufung zur $\tilde{A}^{1/4}$ ckzuweisen und die Beklagte zu verurteilen, ihm f $\tilde{A}^{1/4}$ r in der Zeit vom 05. Dezember 2001 bis 12. November 2002 selbst beschafftes Viagra und Uprima weitere 430,08 EUR zu zahlen.

Er hÃxlt das angegriffene Urteil für zutreffend. Er erweitere seinen Klageanspruch noch um den Betrag von 430,08 EUR für die in der Zeit vom 31. Januar 2001 bis 12. Dezember 2002 aufgrund Ĥrztlicher Verordnung beschafften Medikamente V. und U.; wegen günstigerer Nebenwirkungen habe ihm Dr. Sc. am 14. November 2001 sowie am 15. Januar und 29. April 2002 U. verordnet. Da sich dann jedoch gezeigt habe, dass U. hinsichtlich der erstrebten Hauptwirkung erheblich schwÄxcher als V. gewesen sei, habe er sich danach wieder für eine dauerhafte Versorgung mit V. entschlossen; deswegen habe Dr. Sc. ihm am 18. Juni und zuletzt am 11. November 2002 erneut V. verordnet. Einen Urologen habe er bisher nicht aufgesucht. Unter Einbeziehung seiner Ehefrau habe er sich laufend mit Dr. Sc. auch über Hilfsmittel bezüglich der Behandlung der erektilen Dysfunktion beraten. Dabei habe er jedoch festgestellt, dass bei ihm eine nicht zu überwindende Abneigung gegen technische Hilfsmittel im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Sexualverkehr bestehe. Der Grund dafA¼r liege darin, dass die technischen Hilfsmittel in sehr kurzzeitigem Zusammenhang mit dem Geschlechtsverkehr einzusetzen seien und darin, dass ihm durch die nÃ1/4chternen technischen Vorbereitungen seine schwere Grunderkrankung zusäxtzlich bewusst gemacht werde. Diese Grunderkrankung stelle ohnehin eine starke psychische Belastung dar. Er wolle auf dem Markt befindliche technische GerÄxte auch künftig nicht benutzen. Die medikamentöse Behandlung stelle eine geringere Behandlungsbelastung dar, da er ohnehin regelmäÃ∏ig Medikamente einnehmen müsse. Der Kläger hat weitere ärztliche Verordnungen der Dr. Sc. über U. vom 14. November 2001 (Apothekenguittung vom 05. Dezember 2001 über 82,-DM), vom 15. Januar 2002 (Apothekenguittung vom 19. Januar 2002 ýber 24,02 EUR) und vom 29. April 2002 (Apothekenquittung vom 30. April 2002 über 48,-EUR) sowie weitere Ĥrztliche Verordnungen ļber V. vom 18. Juni 2002 (Apothekenguittung vom 21. Juni 2002 ýber 159,78 EUR) sowie vom 11. November 2002 (Apothekenguittung vom 12. November 2002 über 159,78 EUR) vorgelegt.

Die Beklagte beantragt ergĤnzend sinngemĤÃ□,

die Anschlussberufung des Klägers zurückzuweisen.

Der Berichterstatter des Senats hat eine ergĤnzende schriftliche Auskunft der Dr. Sc. vom 12. April 2002 als sachverstĤndige Zeugin eingeholt, die eine nervenĤrztliche Stellungnahme vom 01. MĤrz 2002 mit vorgelegt hat.

Die Beteiligten haben sich \tilde{A}^{1}_{4} bereinstimmend mit einer Entscheidung durch Urteil ohne m \tilde{A}^{1}_{4} ndliche Verhandlung einverstanden erkl \tilde{A} zrt.

Zur weiteren Darstellung des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der von der Beklagten vorgelegten Verwaltungsakten sowie der Gerichtsakten beider Rechtszýge und der weiteren Akte des SG S 4 KR 712/99 Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die entsprechend den Form- und Fristvorschriften des § 151 Abs. 1 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) eingelegte Berufung der Beklagten, ýber die der Senat â ebenso wie ýber die vom Kläger zum Zwecke der Klageerweiterung im Sinne des § 99 Abs. 2 Nr. 3 SGG zulässigerweise eingelegte Anschlussberufung (vgl. dazu Meyer-Ladewig, SGG, 7. Aufl., § 143 Rdnr. 5b) â mit dem Einverständnis der Beteiligten gemäà § 124 Abs. 2 SGG ohne mþndliche Verhandlung entschieden hat, ist statthaft und zulässig.

Die Berufung der Beklagten ist nur teilweise begrļndet. Das SG hat den Anspruch auf Erstattung für in der Vergangenheit, d.h. vom 13. Oktober 1999 bis 11. August 2001, vom KlĤger selbst beschafftes V. im Hinblick auf die vorgelegten Ĥrztlichen Verordnungen mit Apothekenguittungen mit 1.875,- DM (= 6 mal 312,50 DM), was einem Betrag von 958,67 EUR entspricht, beziffert. Die Berufung der Beklagten ist begründet, soweit das SG die Beklagte zur Erstattung der Aufwendungen für V. in Höhe von mehr als 798,89 EUR verurteilt hat. Der Bescheid der Beklagten vom 07. Februar 2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 11. Mai 2000 ist nur insoweit rechtswidrig und verletzt den KlĤger in seinen Rechten, als die Beklagte ihm gegenüber die Erstattung von selbst beschafftem V. für die Zeit nach dem Erlass des Bescheids vom 07. Februar 2000 abgelehnt hat. Dies umfasst nur die Beschaffung des Medikaments V. in der Zeit vom 06. April 2000 bis 31. August 2001 und ergibt einen Erstattungsbetrag von nur 1.563,50 DM (= 5 mal 312,50 DM), was einem Betrag von 798,89 EUR entspricht. Im Ã\(\text{D}\)brigen ist dieser Erstattungsbetrag noch um die Selbstbeteiligung des KlĤgers entsprechend § 31 Abs. 3 Satz 1 SGB V zu vermindern, die bei einer fünfmaligen Ãxrztlichen Verordnung als Sachleistung entstanden wÄxre. Ein nach <u>§ 13 Abs. 3 SGB V</u> durchzusetzender Anspruch auf Erstattung der Kosten fļr das am 13. Oktober 1999 beschaffte Medikament V. in HA¶he von 312,50 DM besteht deswegen nicht, weil, was die Rechtsprechung im Hinblick auf die notwendige KausalitÄxt zwischen der Leistungsablehnung und der Entstehung von zu erstattenden Kosten verlangt, der KlÄzger vor der eigenmÄzchtigen Beschaffung des Medikaments V. die ablehnende Verwaltungsentscheidung der Beklagten vom 07. Februar 2000 nicht abgewartet hat. Ein solches Zuwarten war dem KlAxger zuzumuten. Darauf, dass die Beklagte den Antrag abgelehnt hÄxtte, kommt es nicht an. Auch vermag sich der KlÄxger nicht darauf zu berufen, dass ein frļher gestellter Antrag auf Zurverfügungstellung von V. bereits mit dem bestandskräftig gewordenen Bescheid vom 09. November 1998 abgelehnt worden war. Soweit der KlĤger die Erstattung der nach dem 07. Februar 2000, d.h. ab 06. April 2000, entstandenen Kosten fýr V. bzw. U. begehrt, ist der Erstattungsanspruch nach § 13 Abs. 3 i.V.m. <u>§ 27 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 3 SGB V</u> begrýndet, wie das SG zutreffend dargelegt hat. Damit ist auch die Anschlussberufung des KlAzgers begrA¼ndet, mit der er im Wege der Klageerweiterung den Erstattungsbetrag um 430,08 EUR erweitert hat, d.h. für am 05. Dezember 2001, 15. Januar 2002 und 29. April 2002 selbst beschafftes U. sowie ferner für am 21. Juni 2002 und 12. November 2002 selbst beschafftes V. Allerdings ist auch dieser weitere Erstattungsbetrag von 430,08 EUR um die gesetzliche Selbstbeteiligung entsprechend § 31 Abs. 3 Satz 1 SGB V zu vermindern, die sich bei der fünfmaligen Verordnung als Sachleistung ergeben hÃxtte. Begründet ist auch, wie das SG gleichfalls zutreffend dargelegt hat, der Anspruch des KlĤgers, ihn zukünftig mit kassenärztlichen Arzneimitteln

zur Behandlung der erektilen Dysfunktion im Umfang von bis zu vier Tabletten monatlich, d.h. insoweit mit V., wie vom Kläger jetzt geltend gemacht, zu versorgen. Dieser Anspruch schlieà tein, dass der Kläger bei der kÃ⅓nftigen Verordnung von V. ebenfalls mit der Selbstbeteiligung nach § 31 Abs. 3 Satz 1 SGB V belastet ist.

Soweit danach, wie dargelegt, der Zahlungsanspruch sowie der kýnftige Leistungsanspruch begründet ist, verweist der Senat zur Vermeidung von Wiederholungen gemÃxÃxÂxÂxAbs. 2 SGG auf die zutreffenden Entscheidungsgründe des Urteils des SG.

ErgĤnzend ist im Hinblick auf das Vorbringen der Beteiligten im Berufungsverfahren sowie die durchgeführten Amtsermittlungen noch Folgendes auszuführen: Die beim Kläger als Folge der Grunderkrankung an M.S. vorliegende erektile Dysfunktion stellt, was auch von der Beklagten nicht mehr bestritten wird, eine Krankheit dar. Diese erektile Dysfunktion ist beim Kläger auch behandlungsbedürftig, und zwar â∏ entgegen der Ansicht der Beklagten â∏ auch mittels V. bzw. U â∏! Der Senat entnimmt den Ã∏uÃ∏erungen der Dr. Sc., dass beim KlÄxger die Medikation mit V. sowie zeitweise mit U., also die Verordnung und das Einnehmen zugelassener Arzneimittel, ein geeignetes, vertrĤgliches und nicht invasives Behandlungsmittel zur Therapie der erektilen Dysfunktion ist. Die Notwendigkeit der in der Vergangenheit in Anspruch genommenen und zukļnftig erstrebten Medikation und deren Wirtschaftlichkeit vermag der Senat auch nicht deswegen zu verneinen, weil die Beklagte den KlAzger auf eine der in dem vorgelegten urologischen Gutachten vom 18. September 2001 aufgefļhrten Vakuumerektionshilfen verweisen will, und zwar einerseits im Hinblick darauf, dass insoweit nur einmalig Kosten entstehen wýrden, andererseits jedoch auch im Hinblick auf die allgemein aufgefļhrten Nebenwirkungen einer medikamentĶsen Therapie mittels V. bzw. U â∏¦ Der Senat stellt hier fest, dass die ärztlich verordnete Medikation im Vergleich zur Verwendung einer Vakuumerektionshilfe, die die Beklagte dem Kläger im Ã∏brigen bisher auch nie zur Verfügung gestellt hat, die ihn psychisch weniger belastende Behandlungsmethode ist. Mit der Zulassung von V. bzw. dann auch von U. erscheint jedenfalls beim KlĤger die von der Beklagten angesprochene alternative Verwendung einer Vakuumerektionshilfe nicht mehr als geeignete Behandlungsmethode. Insoweit entnimmt der Senat der nervenĤrztlichen Stellungnahme der Dr. Sc. vom 01. MĤrz 2002 und deren schriftlicher Auskunft als sachverstĤndige Zeugin vom 12. April 2002, dass beim KlĤger nicht nur die Anwendung der SKAT-Therapie, sondern auch insbesondere die Verwendung von Erektionsringen und Vakuumpumpen aus psychischen Gründen nicht möglich ist, weil die psychische Reaktion des Klägers darauf zur Unmöglichkeit der Durchführung des Sexualaktes führt. Diese psychische Abwehrreaktion beim KlĤger ist als psychische Belastung anzuerkennen, die hier die medikamentĶse Behandlung der erektilen Dysfunktion mittels V. bzw. U. rechtfertigt. Es erscheint für den Senat nachvollziehbar, dass der Kläger im Hinblick auf die Grunderkrankung an M.S. die medikamentĶse Behandlung als weniger belastend ansieht. Die Erhebung eines urologischen Gutachtens war nicht geboten. Die von der Beklagten allgemein erwäxhnten Nebenwirkungen bei der medikamentĶsen Behandlung stehen dem Anspruch des KlĤgers nicht entgegen,

denn Dr. Sc. hat insoweit konkrete Nebenwirkungen, abgesehen davon, dass U. im Vergleich zu V. vertrĤglicher erschien, nicht beschrieben. Dem Anspruch auf Kostenerstattung bezüglich des dem KlĤger zeitweise Ĥrztlich verordneten U. steht nicht entgegen, dass der KlĤger ursprþnglich lediglich die Verordnung von V. beantragt hatte, worüber die Beklagte mit ablehnendem Bescheid entschieden hat. Der Senat entnimmt den vom KlĤger insoweit vorgelegten Ĥrztlichen Verordnungen und der Auskunft der Dr. Sc. gegenÃ⅓ber dem SG vom 20. November 2001, dass die Ã∏rztin dem Kläger zeitweise mit Rücksicht auf nur mögliche Nebenwirkungen des V. das ähnlich wie dieses wirkende U. verordnet hat. Dazu hat der Kläger selbst vorgetragen, dass U. eine schwächere Hauptwirkung gezeigt habe, weshalb ihm zuletzt wieder V. verordnet worden sei, was er auch künftig erstrebe. Bezüglich der Inanspruchnahme von U. wäre es nicht geboten gewesen, ein neues Verwaltungsverfahren einzuleiten.

Aus der Beschaffung der Medikamente V. und U. in der Vergangenheit sowie aus dem kýnftigen Leistungsbegehren ergibt sich, dass der Kläger begehrt, dass ihm das Medikament künftig noch im Umfang von bis zu vier Tabletten monatlich zur Verfýgung zu stellen ist. Diese Frequenz hat der Kläger offensichtlich auch in der Vergangenheit nicht überschritten, wie die zeitlichen Abstände der ärztlichen Verordnungen ergeben. Dazu hat Dr. Sc. in der Auskunft vom 20. November 2001 darauf hingewiesen, dass bei V. bzw. bei U. die Dosierung vom Patienten selbst bestimmt werde; eine Einschränkung der Dosierung aus medizinischer Sicht besteht danach lediglich darin, dass das jeweilige Medikament nicht mehrmals am Tag eingenommen werden solle. Darauf, wie hoch im Durchschnitt bei der Altersgruppe des Klägers die Kohabitationsfrequenz pro Monat ist, kommt es nicht an.

Dass der hier streitigen medikamentösen Behandlung der erektilen Dysfunktion mit V. bzw. U. auch sonstige gesetzliche Vorschriften sowie die Arzneimittel-Richtlinien des Bundesausschusses der Ã∏rzte und Krankenkassen (AMRL) nicht entgegenstehen, hat das SG unter Hinweis auf das den Beteiligten bekannte, rechtskräftig gewordene Urteil des Senats vom 31. August 2001 (<u>L 4 KR 4360/00</u>) zutreffend dargelegt.

Danach war die Berufung der Beklagten im Wesentlichen zurĽckzuweisen und der Anschlussberufung des KlĤgers stattzugeben.

Die Kostenentscheidung beruht auf $\frac{\hat{A}\S 193 \text{ SGG}}{193 \text{ SGG}}$. Im Hinblick auf das geringf $\tilde{A}^{1/4}$ gige Unterliegen des Kl \tilde{A} ¤gers schied eine Kostenquotelung aus.

Zur Zulassung der Revision bestand kein Anlass.

Erstellt am: 09.11.2004

Zuletzt verändert am: 21.12.2024

